



Der Rechtsanspruch kommt – was in Berlin getan werden muss

Jedes Jahr hat sein Sommerlochthema. Für 2013 könnten es die Kitaplätze sein. Die Voraussetzungen stehen günstig, das Datum ist lange bekannt und die Probleme allenthalben groß und vielfältig. Einen Vorgeschmack bietet die Berichterstattung der letzten Wochen. Von Günther Jauch bis zum Berliner Wochenblatt hat jedes erdenkliche Medium schon mindestens einmal darüber berichtet. Prinzipiell ist das auch zu begrüßen, zeigt es doch, welchen Stellenwert der Kitabereich inzwischen in der öffentlichen Diskussion hat. Aber die gestiegene Aufmerksamkeit hat auch ihren Preis – ein stilles Hineinwursteln in den Rechtsanspruch wird es nicht geben und Überspitzungen bleiben der Debatte nicht erspart.

In diesem Papier will der DaKS seine Positionen rund um den Rechtsanspruch und die damit in Berlin aktuell verbundenen Fragestellungen darlegen. Wir tun dies unter folgenden Überschriften:

Erreichtes würdigen

Berlin hat eine tolle Kitalandschaft. In fast 2.200 Kitas werden 135.000 Kinder betreut. Die Bandbreite der Trägerstrukturen, wie der pädagogischen Konzepte ist ungeheuer vielfältig – es gibt große, mittlere und kleine, konfessionelle, freigemeinnützige und städtische Einrichtungen, Waldkitas, bilinguale Einrichtungen, solche mit musikischem oder naturwissenschaftlichem Schwerpunkt ... Zu dieser Vielfalt gehören auch die über 600 in Elterninitiative betriebenen Kinderläden, in denen Eltern und ErzieherInnen mit viel Einsatz ihre persönliche Vorstellung von guter Kita verwirklichen. Mit dem Kitagutschein ausgestattet, können Eltern über Bezirks- und Trägergrenzen hinweg die Kita aussuchen, die ihren Vorstellungen entspricht. Alle Kitas eint die Grundlage des anspruchsvollen Berliner Bildungsprogramms und die Verpflichtung zur überprüfbaren Qualitätsentwicklung.

In den letzten Jahren hat dieses traditionell gut ausgebaute System zudem noch eine quantitative und qualitative Weiterentwicklung erfahren. Stichworte dazu sind: Personalschlüsselverbesserung, Platzausbau, beitragsfreie Jahre. Die Betreuungsquote ist in Berlin kontinuierlich gestiegen. Dass dies einen wichtigen Beitrag zur vielbeschworenen Chancengerechtigkeit darstellt, belegen z.B. die Resultate der Schuleingangsuntersuchungen seit mehreren Jahren.

Realistisch planen

Lange Zeit war eines der Grundprobleme, dass angesichts der vergleichsweise gut ausgebauten Kita-Infrastruktur in Berlin die auch hier zunehmenden Schwierigkeiten nicht zur Kenntnis genommen wurden. Inzwischen hat aber das Land Berlin begriffen, dass nicht jeder zugelassene Platz auch ein aktuell angebotener ist und dass die Bevölkerung sich mitunter anders entwickelt als dies die Demoskopien denken. Die Planungsgrundlagen sind erheblich besser geworden und Berlin verfügt mittlerweile über eine gesamtstädtische Kitaplanung, die regelmäßig aktualisiert wird.

Vorsicht und Aufmerksamkeit sind jedoch weiterhin geboten. Auch in der aktuellen Planung stecken Annahmen, deren Eintreffen niemand garantieren kann. Dies betrifft sowohl die Bevölkerungsentwicklung, die in den vergangenen Jahren kontinuierlich über den Voraussagen lag, als auch den Grad der Inanspruchnahme. Das Land Berlin hat sich vorgenommen, für 70% der Kinder ab vollendetem 1. Lebensjahr und für 95% aller Kinder ab vollendetem 3. Lebensjahr einen Platz in einer Kita oder Tagespflege einzuplanen. Ob aber wirklich 30% der Kinder im Alter von 1 und 2 Jahren gar keinen Kitaplatz beanspruchen, wissen wir nicht. Weil Kitaplanung naturgemäß mit extrem kurzen Vorlaufzeiten zu kämpfen hat, der Rechtsanspruch aber prinzipiell für alle Kinder gilt, sollte ein gewisser Puffer immer vorgesehen werden.

Kitaplätze ausbauen

In den letzten Jahren haben alteingesessene und neue Kitaträger viele neue Plätze geschaffen – mit und ohne Unterstützung von Bund oder Land, aber immer mit einem großen Anteil an Eigenleistungen. Dieser Platzausbau muss unbedingt weitergehen. Die derzeit vorliegenden Prognosezahlen zeigen, dass im August

2013 wohl alle Kinder versorgt werden können. Schon zum Jahresende wird es kritisch und im April/Mai 2014 hätten wir ohne weiteren Platzausbau auch rein rechnerisch zu wenig Kitaplätze.

Dabei ist zu bedenken, dass eine maximale Auslastung der o.g. geplanten Plätze zwar wahrscheinlich dazu führt, dass Eltern irgendeinen Betreuungsplatz für ihr Kind finden werden bzw. zugewiesen bekommen, aber von einer bedarfsgerechten Versorgung (in Wohnortnähe und mit dem inhaltlichen und organisatorischen Angebot, das Eltern/Kinder jeweils benötigen) kann dann keine Rede mehr sein.

Das auf dem bundesrechtlich garantierten Wunsch- und Wahlrecht der Eltern und einer dezentralen Platzvergabe durch die Träger beruhende Kitagutscheinsystem benötigt u.E. eine Platzreserve von etwa 10%, damit die individuelle Platzsuche ohne größere Reibereien funktioniert und das System die intendierte qualitative Steuerung auch erbringen kann. Durch das subjektgebundene Kitafinanzierungssystem (bezahlt werden nur belegte Plätze, Leerstand geht voll zulasten des Trägers) kostet diese Reserve das Land Berlin keinerlei Betriebskosten.

Ein weiterer Platzausbau braucht Zeit und Ressourcen. Deshalb muss das Ausbauprogramm des Landes Berlin ohne Unterbrechung weitergeführt werden. Eine Blockade wie im ersten Halbjahr 2013, als durch Einspruch der Finanzverwaltung sich die Bescheiderteilung in vielen Fällen über mehrere Monate verzögerte, darf es nicht mehr geben. Angesichts der begrenzten Mittel und der bezirksübergreifenden Platzwahl sollte bei den Auswahlentscheidungen im Landesprogramm neben dem Bedarfsatlas das Preis-Leistungs-Verhältnis der zu schaffenden Kitaplätze stärker berücksichtigt werden. Die letzten Monate haben gezeigt, dass das Modell der Starthilfe (bis zu 1.000 € pro neuem Platz) durch seinen verhältnismäßig geringen bürokratischen Aufwand ein erfolgreiches Mittel bei der Schaffung von Plätzen ist.

Fachkräfte gewinnen

Der Bedarf an zusätzlichen ErzieherInnen ist bundesweit groß. Das hat in Berlin durchaus auch seine positiven Ursachen, man denke an die Personalschlüsselverbesserung der Jahre 2010 bis 2012 und die erhöhten Kitabesuchsraten quer durch die Stadt. Zudem haben wir aus gutem Grund ein Fachkräftegebot, das schlechter qualifizierte „Zweitkräfte“ nicht vorsieht. Nun aber fehlen uns in den nächsten Jahren mehrere hundert ErzieherInnen.

Im Land Berlin sind deshalb die Ausbildungskapazitäten in den letzten Jahren enorm ausgeweitet worden (übrigens überwiegend durch neue Fachschulen in freier Trägerschaft, die in den ersten 3 Jahren keine Finanzierung bekommen), dies hilft uns aber erst in ein paar Jahren.

In dieser Situation brauchen wir die kurzfristige Entlastung durch eine Ausweitung des Quereinstiegs. Wir begrüßen deshalb, dass das Land Berlin die Regelungen dafür im Frühjahr 2013 modifiziert hat. Weiterhin notwendig finden wir die Einrichtung einer öffentlich gut wahrnehmbaren Anlaufstelle, die alle Interessenten am Erzieherberuf kompetent beraten kann. Darüber hinaus sollte sich das Land Berlin für eine Ausweitung des durch den Bund geförderten Programms „Lernort Praxis“ engagieren. Hier werden QuereinsteigerInnen und beteiligte Einrichtungen konkret und vor Ort unterstützt. Träger sollten das in der Regel niedrigere Gehalt der QuereinsteigerInnen dafür nutzen, den Kitas zusätzliche Ressourcen für die Begleitung dieser werdenden Fachkräfte zur Verfügung zu stellen.

Auf längere Sicht muss daran gearbeitet werden, dass die Bezahlung von ErzieherInnen mit den gestiegenen Ansprüchen an Ausbildung und Tätigkeit Schritt halten kann und der Beruf damit für gut qualifizierte Fachkräfte dauerhaft attraktiv bleibt. Die Kitaträger müssen weiterhin in die Lage versetzt werden, Tariflöhne zu zahlen.

Standards erhalten

Auch wenn der Druck derzeit hoch ist: Die fachlichen Standards bei Räumen und beim Personal dürfen nicht zur Disposition stehen. Das sind wir den Kindern, aber auch unseren eigenen Ansprüchen an die Arbeit in den Kitas schuldig.

Damit wir aber die Standards grundsätzlich und langfristig erhalten können, müssen sie jetzt flexibel gehandhabt werden. Bsp. Personal: ausgebildete ErzieherInnen fallen nicht vom Himmel, sondern müssen mit langen Vorlaufzeiten ausgebildet werden. Deshalb war es richtig, kurzfristig die Möglichkeit der Beschäftigung

von Quereinsteigern auszuweiten – die sich ja auf unterschiedliche Weise auf dem Weg zur ausgebildeten Fachkraft befinden.

Eine Rücknahme oder Aussetzung des Rechtsanspruches zum 1.8.2013, wie teilweise auch schon gefordert weil jetzt die Fachkräfte fehlen, steht für uns nicht zur Debatte.

Zu den zu bewahrenden Standards gehört auch das Wunsch- und Wahlrecht der Eltern. Dies stellt keinen Luxus dar, sondern ist verbrieftes Recht und funktionelle Grundlage des Gutscheinsystems. Jegliche Form von Zentralverteilungssystem für Kitaplätze wird deshalb von uns abgelehnt werden und kann in einem System, das auf Träger- und Konzeptionsvielfalt setzt, auch gar nicht funktionieren. Die Autonomie von Eltern und Trägern muss im System verankert bleiben! Es ist daran zu erinnern, dass dieses dezentrale System der nachfragegesteuerten Platzverteilung über all die Jahre erheblich reibungsloser funktionierte als das zentralistische Zuweisungssystem der Schulplatzvergabe.

Den Mangel besser verwalten

Solange Plätze und Fachkräfte knapp sind – und das wird noch einige Zeit so sein – muss dieser Zustand zumindest bestmöglich verwaltet werden.

Ein wichtiger erster Schritt wurde gemacht, als man 2012 die Beantragungs- und Einlösefristen für den Kitagutschein verlängert hat. Dies kann das Vertragskarussell im Sommer etwas entzerren und für Planungssicherheit bei Eltern und Kitas sorgen. Diese Möglichkeit muss weiter bekannt gemacht werden.

In einem neuen Kitaportal sollen ab Ende 2013 Informationen für Eltern und Kitas gebündelt werden. An einer zentralen Stelle sollen sich alle Berliner Kitas vorstellen können und die Möglichkeit bekommen, freie Plätze sowie zu besetzende Stellen zu veröffentlichen. Dies wird Eltern und Jugendämtern die Suche nach aktuell freien Plätzen erleichtern. Auch der Online-Gutscheinantrag soll hier verwirklicht werden.

Zeitgleich soll ein „Vormerkmanagement“ dafür sorgen, dass die wegen Mehrfachanmeldungen mitunter überbordenden Wartelisten der Kitas reduziert werden, indem ein geschlossener Vertrag auch an andere dieses Kind vormerkende Kitas gemeldet wird (und damit dort aus der Warteliste fliegt).

Diese Schritte beheben nicht die Ursache der derzeitigen Mangelsituation, können aber für kurzfristige Entlastung sorgen und dem „gefühlten Mangel“ entgegenwirken.

Notsituationen nicht ausnutzen

Zeiten des Mangels begünstigen Menschen und Institutionen, die den Mangel für eigene Interessen nutzen wollen. Wir wünschen uns, dass Eltern gut informiert sind. Das betrifft auch die immer wieder heiß diskutierte Frage von Zusatzbeiträgen. Eine Beilage zum Kitagutschein wird Eltern zukünftig darüber informieren, was erlaubt ist und was nicht. Zur Wahrheit gehört aber auch die Information, dass Berliner Kitas unter Anrechnung der gesetzlichen Elternbeiträge nur 93% der angenommenen Gesamtkosten bekommen, dass Zusatzbeiträge auch in etwas versteckter Form zur Realität in fast allen Berliner Kitas gehören und dass besondere Elternwünsche überhaupt nicht durch die Kitafinanzierung abgedeckt sind.

Der allergrößte Teil der Träger geht sehr verantwortungsbewusst mit Eltern um, schon aus wohlverstandenen Einzelinteresse. Fälle von überzogenen Zuzahlungen oder unangemessenen Auswahlverfahren sind leider Realität, aber eben auch Einzelfälle. Diese müssen nicht einfach hingenommen werden. Die bezirklichen Jugendämter, die Senatsbildungsverwaltung, aber auch die Verbände und Träger haben hier eine Verantwortung, Eltern gut aufzuklären. Deren rechtliche Position ist sehr stark, denn eine Zuzahlung ist nur auf freiwilliger Basis erlaubt (Ausnahme EKT, aber hier entscheiden die Eltern direkt über mögliche Zuzahlungen mit).

Letztlich wird diesem Problem langfristig nur die Basis entzogen, wenn Eltern wieder eine Wahl haben. Bis dahin werden sich zwangsläufig auch Beschwerden häufen, weil Eltern nicht einfach den Kitaplatz wechseln können. Für die schnelle und erfolgreiche Klärung solcher Beschwerden braucht die zuständige Aufsicht in der Senatsbildungsverwaltung die entsprechende Personalstruktur. Aus unserer Sicht ist dies heute nicht ausreichend gegeben.

Eltern gut informieren

Ein Teil der Unruhe, die es rund um das Thema Kitaplätze derzeit gibt, geht auch auf mangelnde Information zurück. Wenn Eltern sich sicher sein können, dass im Bedarfsfall das Jugendamt einen freien Kitaplatz benennt, dann werden viele (nicht alle) gelassener bei der Platzsuche agieren. Wir begrüßen es, dass die Senatsbildungsverwaltung die direkten Ansprechpartner in den bezirklichen Jugendämtern jetzt übersichtlich zusammengestellt hat und auch der Info-Punkt als Anlaufstelle für ratsuchende Eltern dient.

Wir freuen uns in diesem Zusammenhang darauf verweisen zu können, dass die zwischenzeitlich einem Hackerangriff zum Opfer gefallene Infowebsite des DaKS www.kitagutschein-berlin.de seit wenigen Tagen wieder zugänglich ist. Eltern und Kitaträger finden hier viele Informationen rund um Beantragung und Einlösung des Kitagutscheins.

Die Kleinen wertschätzen

Als Dachverband der kleinen selbstverwalteten Bildungseinrichtungen in Berlin möchten wir besonders auf den deren Beitrag zu Träger- und Konzeptionsvielfalt, aber auch beim Platzausbau und der Gewinnung von Fachkräften verweisen.

Beim Platzausbau der letzten Zeit waren und sind kleine Einrichtungen (mit bis zu 30 Plätzen) überdurchschnittlich beteiligt. Seit 2012 sind 91 dieser Einrichtungen mit etwa 2.000 neue Plätze gegründet worden. Mindestens die Hälfte davon sind im Landesprogramm „Auf die Plätze, Kitas, los“ über den Programmteil Starthilfe gefördert worden. Viele dieser Einrichtungen sind Elterninitiativen, also Modelle, in denen durch das Selbsthilfepotential betroffener Eltern neue Kitas entstehen.

Gerade für diese Gruppen fordern wir eine deutlich bessere Unterstützung und Anerkennungskultur. Der DaKS begleitet solche Neugründungen teilweise sehr intensiv. Dabei erleben wir ein recht unterschiedliches Maß an Unterstützung in den Bezirken. Das Land Berlin muss und sollte über jede Gruppe, die die Organisation der Betreuung ihrer Kinder selbst in die Hand nimmt dankbar sein und entsprechend würdigen. Zumal der Platzausbau durch Elterninitiativen für das Land Berlin konkurrenzlos günstig und auch noch unmittelbar bedarfsdeckend ist.

Unser Fazit: Ruhe bewahren (aber nicht einschlafen)

Im August 2013 werden alle Kinder, die zu diesem Zeitpunkt einen Kitaplatz brauchen (oder wollen), auch einen bekommen. Aber es wird in vielen Fällen nicht der Platz sein, den sich Eltern für ihr Kind oder für ihre alltägliche Wegeplanung gewünscht haben.

Eltern können wir nur bitten, ihre Bemühungen um einen Kitaplatz mit Augenmaß zu betreiben. Nach unserer Erfahrung nützt es wenig, auf unzähligen Listen zu stehen. Wer sich in einigen ausgewählten Einrichtungen rechtzeitig vormerken lässt, hat gute Chancen, am Ende auch einen passenden Platz zu bekommen. Und falls es mit der eigenen Suche aus welchen Gründen auch immer nichts wird, dann haben Sie das Recht, vom Jugendamt einen Platz nachgewiesen zu bekommen.

Kitaträger sollten anfragende Eltern verantwortlich informieren und im Zweifelsfall auf die Beratung durch die Jugendämter verweisen

Eltern und Kitaträger sollten die Möglichkeit von frühzeitiger Gutscheinbeantragung und Vertragsabschluss nutzen, um für sich selbst, aber auch für die Behörden Planungssicherheit zu schaffen.

Politik und Verwaltung müssen den Platzausbau und die Fachkräftegewinnung aktiv fortsetzen.

Berlin hat eine gute Ausgangsposition für den Rechtsanspruch. Damit das auch in Zukunft so ist und die gute Kitaversorgung ein Aushängeschild der Stadt bleibt, sind weitere Anstrengungen vonnöten.